

IT-Arbeitskräfte: Niederwieser richtet Anfrage an Innenminister Strasser

Utl.: Bildungsimpulse können mittelfristig helfen, 2001 muss Zuwanderer-Quote erhöht werden =

Wien (SK) Eine Anfrage an Innenminister Strasser bezüglich der fehlenden IT-Kräfte wird SPÖ-Wissenschaftssprecher Erwin Niederwieser nächste Woche einbringen. Niederwieser möchte von Strasser unter anderem wissen, welche Positionen Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und Bundesländer in der Frage der Zuwanderung qualifizierter IT-Arbeitskräfte vertreten. Der aktuelle Bedarf an Computer-Fachkräften könne jedenfalls nicht allein durch Ausbildungsmaßnahmen und neue Studiengänge gedeckt werden, weil mit diesen neuen Kräften erst in zwei bis drei Jahren zu rechnen sei. Niederwieser zitiert eine aktuelle WIFO-Studie, die einen Bedarf von 13.000 zusätzlichen Computerexperten bis 2003 errechnet hat. Aber nur 8.000 davon könnten in den kommenden Jahren in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und in einschlägigen Studiengängen ausgebildet werden. Das heißt, mindestens 5.000 qualifizierte und gut bezahlte Kräfte werden dauerhaft fehlen, so Niederwieser am Dienstag gegenüber dem Pressedienst der SPÖ. ****

Mit dem heutigen Tag, dem 2. Jänner 2001, seien beim AMS 474 sofort zu besetzende offene Stellen im Sektor Datenverarbeitung vermerkt, so Niederwieser weiter. Derzeit käme es in diesem Sektor nur zu Verschiebungen zwischen den Betrieben.

Niederwieser fordert von der Regierung eine Reihe von mittelfristigen Maßnahmen zur Behebung des IT-Fachkräftemangels in Österreich. Kurzfristig werde man aber über eine Erhöhung der Quote nicht herkommen.

Mittelfristig fordert Niederwieser rasche Bildungsimpulse. Vor allem müsste das Unterrichtsministerium bei der Erwachsenenbildung ansetzen. Weiters müsse in Berufsschulen endlich der europäische Computerführerschein für Lehrlinge standardmäßig angeboten werden. Ebenso seien neue Kollegs notwendig. Da es auch einen Mangel an befähigten Lehrern im Computerbereich gibt, müsse man den Hebel auch an dieser Seite ansetzen, indem man beispielsweise interessante Angebote für arbeitslose Lehrer schafft, so der SPÖ-Wissenschaftssprecher.

Doch all diese Maßnahmen könnten erst mittel- bis längerfristig greifen, eine Erhöhung der Zuwanderer-Quote im Jahr 2001 sei deshalb unerlässlich. Die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage sei grob fahrlässig, weil sie der Wirtschaft und der Zukunft unseres Landes schade. Niederwieser appellierte darum abschließend an die Verantwortlichen, "nicht länger aus xenophoben Gründen die heimische Zukunft zu gefährden". (Schluss) ml

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (01) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0094 2001-01-02/12:08

021208 Jän 01

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010102_OTS0094